

Die umstrittene Doppelrolle der Silvia Steiner

Die Bildungsdirektorin beaufsichtigt sich selbst – das sei «schräg», finden ihre Gegner

GIORGIO SCHERRER

Sie ist die unangefochtene Chefin, aber soll sie es bleiben? Diese Frage stellte das Zürcher Kantonsparlament am Montag, und zwar an die Adresse der Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte).

Diese hat nämlich schon das gesamte Zürcher Bildungswesen unter sich. Aber damit nicht genug: Sie ist auch die Chefin der zwei grössten Hochschulgebilde im Kanton: der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen. Denn: Steiner ist neben ihrem Regierungsamt auch Präsidentin des Universitäts- und Fachhochschulrats, des Verwaltungsrats der Hochschulen. Es ist ein mächtiges Gremium, das über die strategische Ausrichtung der Hochschulen entscheidet, deren Leitung bestimmt und über die Schaffung und Besetzung von Professuren befindet.

Eine Politikerin als Chefin unabhängiger Forschungseinrichtungen? Eine Regierungsrätin, die sich durch ihre Doppelfunktion quasi selbst beaufsichtigt? Das gehe nicht, finden Politikerinnen und Politiker aus den Reihen von FDP, SP, GLP und Grünen. Diese in Bildungsfragen seltene Allianz schickte am Montag eine Protestnote in Richtung Steiner.

«Wenn, dann haben wir versagt»

«Schräg» nannte Urs Glättli (GLP) die Konstellation. Sie führe zu klaren Interessen- und Rollenkonflikten, meinte Marc Bourgeois (FDP). Und Livia Knüsel (Grüne) sprach von einem klaren Verstoß gegen die Prinzipien der Good Governance. Das habe unlängst eine Reihe von Gutachten gezeigt. Sie sind der Anlass für den Vorstoss. «Vielleicht machen Sie das gut, vielleicht auch nicht», sagte Glättli an Steiners Adresse. «Aber darum geht es nicht!» Es gehe ums Prinzip.

Genau das kritisierte die politisch bunt zusammengewürfelte Gegenseite, die nichts gegen Steiners Präsidentinnenrolle hat. Gegen die «Modeerscheinung Good Governance» wandte sich Hanspeter Hugentobler (EVP). «Wir halten nicht viel von Veränderungen um der Veränderung willen. Warum sollen wir ohne Grund ein Erfolgsmodell abschaffen?» Einen Schritt weiter ging Rochus Burtscher (SVP). Er wies darauf hin, dass es das Zürcher Kantonsparlament schon heute in der Hand habe, eine andere Präsidentin als die Bildungsdirektorin zu wählen. «Wenn überhaupt, haben wir als Kantonsräte versagt.»



Silvia Steiner for President? Damit sind nicht alle einverstanden.

SEVERIN BIGLER / AZM

Die heutige Regelung sei jedoch durchaus sinnvoll, sagte Burtscher. «Bei Problemen muss die Präsidentin politische Verantwortung übernehmen und den Kopf hinhalten. Wir sollten ihr nicht helfen, sich aus der Verantwortung zu ziehen.» Ihm wäre es nie in den Sinn gekommen, die frühere SP-Bildungsdirektorin aus dieser Rolle zu drängen, nur weil er oft mit ihr uneinig gewesen sei, so der SVP-Politiker.

Mehr Unabhängigkeit also – oder eine klare Verantwortungskette? Diese Frage stellt sich nicht nur im Bildungsbereich, sondern auch bei anderen staatsnahen Organisationen. Ein Blick auf ähnliche Fälle zeigt dabei: So viel Einfluss wie in der Bildung haben Zürcher Regierungsmitglieder nirgends. Bei den Elektrizitätswerken des Kantons, beim Flughafen oder beim Opernhaus sitzen die zuständigen Regierungsrätinnen und Regierungsräte zwar im Verwaltungsrat, präsidieren ihn aber nicht.

Beim Stromkonzern Axpo und bei der Zürcher Kantonalbank gibt es gar keine

Regierungsmitglieder im obersten Führungsgremium. Bei den kantonalen Spitätern haben sie zwar Einsitz, aber nur eine beratende Stimme. Beim Zürcher Universitätsspital war das entscheidend, als es um die Verantwortung für die diversen Skandale der letzten Jahre ging. Die Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) kritisierte den Spitalrat, das Leitungsgremium des Spitals, mehrfach frontal und forderte eine bessere Aufklärung. So etwas wäre bei ähnlichen Skandalen an der Universität Zürich undenkbar – Silvia Steiner müsste sich in einem solchen Fall gewissermassen selbst kritisieren.

Dass Rickli im Leitungsgremium des Spitals nicht mitentscheidet, hatte allerdings auch zur Folge, dass sie die Verantwortung für alle Missstände bequemer dem Spitalrat und dessen ehemaligen Präsidenten Martin Waser (SP) zuschieben konnte.

Aufschlussreich ist auch das Beispiel des Stromkonzerns Axpo. Dort wurde 2016 entschieden, die Regierungsmit-

glieder der Eigentümerkantone bewusst aus dem Verwaltungsrat zu verbannen. «Experten statt Politiker» lautete das Versprechen. Diese Strategie stiess allerdings an ihre Grenzen, als die Axpo vor zwei Jahren angesichts der damaligen Stromknappheit auf einen finanziellen Rettungsschirm angewiesen war. Die Kantone – eigentlich die Eigentümer – verschliefen die Sache. Der Bund musste eingreifen.

Die Good Governance stösst offensichtlich dort an ihre Grenzen, wo ein staatsnaher Betrieb ein politisches Mandat zu erfüllen hat, für dessen Erreichung es politische Führung braucht. Nicht zufällig hat auch die Axpo neben dem entpolitisierten Verwaltungsrat ein Schatten-gremium der Eigentümerkantone eingerichtet – das sogenannte «politische Gremium», das sich mindestens zweimal jährlich trifft, auf der Konzernwebsite aber keine Erwähnung findet.

Was die Good Governance bei den Zürcher Hochschulen angeht, gibt es

schon seit Jahren Kritik an der Doppelrolle der Bildungsdirektorin. 2008 scheiterte der erste Versuch, sie in den Hochschulräten zu entthronen, 2016 der zweite.

Dieses Mal könnte es jedoch klappen: Mit 108 zu 65 Stimmen schickte das Kantonsparlament am Montag eine Protestnote bezüglich der geltenden Präsidiumsregel an den Regierungsrat. Da es formell um die Abschreibung eines Postulats ging, blieb es bei der symbolischen Geste. Zwei parlamentarische Initiativen, die ein Doppelmandat verbieten würden, haben damit aber gute Chancen auf eine Annahme. Sie kamen am Montag allerdings noch nicht zur Abstimmung.

Überraschender Gegenkandidat

Interessant ist dabei die Wandlung der SP. Sie befürwortete vor acht Jahren noch den Status quo. Nun ist sie dagegen. Als Grund gab sie eine Reihe von juristischen Gutachten an, gemäss denen Regierungsrat und Aufsichtsgremium möglichst getrennt operieren sollten. Neu ist diese Erkenntnis allerdings nicht. Schon 2008 kam der Zürcher Rechtsprofessor Georg Müller zu dem Schluss, die derzeitige Konstellation führe dazu, dass ein Regierungsratsmitglied «die Tätigkeit eines Organs zu kontrollieren hat, dem es selbst angehört». Das könne zu Interessenkonflikten führen. Es gelte deshalb «auf solche Doppelmitgliedschaften zu verzichten, wenn der Kanton seine Interessen ohne diese Vertretung ausreichend wahrnehmen kann».

Anders als damals glaubt heute eine Mehrheit des Kantonsparlaments offensichtlich, dass das möglich wäre. Silvia Steiners Tage als Präsidentin der Universität Zürich und der Fachhochschulen könnten damit gezählt sein. Der GLP-Mann Glättli brachte gar schon einen Gegenkandidaten als Präsidenten des Fachhochschulrats ins Spiel: den am Montag neu ins Gremium gewählten Rechtsprofessor Thomas Gächter.

Das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen. Steiner selbst beschränkte sich im Kantonsrat auf eine ironische Stellungnahme. Sie bemerkte, dass das Parlament sich damit eigentlich vor allem selbst beschneide – indem es sich die Möglichkeit nehme, ein Regierungsmitglied in die entsprechenden Gremien zu wählen. «Aber», schloss Steiner, «Sie werden in Ihrer Weisheit sicher das Richtige entscheiden.»

Fremdenfeindliche Flyer an der ETH

Die Absender sind unbekannt – die Hochschule reagiert mit einer E-Mail an ihre Studenten

ANDREA MARTI

«Ausländer Fuck Off» steht auf dem Flyer. Und gleich darüber: «Ihr habt unser schönes Land in ein von Ausländern befallenes Drecksloch verwandelt.» Dieser Flyer ging vergangene Woche an Empfängerinnen und Empfänger in der ganzen Schweiz, unter ihnen auch Studenten der ETH Zürich. Das hat die Hochschule nun zu einer Reaktion veranlasst.

Im Flyer werden «Ausländer» pauschal dazu aufgefordert, die Schweiz zu verlassen. Sie seien illegal im Land und sollten gehen, «bevor 2025 Krawalle ausbrechen». Der auf Englisch verfasste Flyer wird den Studierenden geschickt, während im Kanton Zürich der Abstimmungskampf um Stipendien für vorläufig aufgenommene Asylsuchende läuft. An der ETH sind rund 7200 ausländische Studierende eingeschrieben.

Auch Expats betroffen

Auf dem Flyer sind auch rassistische Untertöne erkennbar, etwa wenn Migranten für die angebliche «kulturelle Entfremdung der Schweiz» verantwortlich gemacht werden. Auch mit einer Insektenplage («foreigner-infes-

ted») werden Ausländer verglichen. Auffallend ist: Auf dem Flyer sind nur europäische Flaggen zu finden, Fotos davon kursieren auch unter Expats. So berichtet etwa das Portal «The Local», das sich an Expats richtet, über den Flyer. Asylsuchende aus Herkunftsländern wie Eritrea oder Afghanistan scheinen nicht zu den Adressatinnen und Adressaten zu gehören.

Die ETH Zürich schreibt auf Anfrage der NZZ, dass unklar sei, wer die Flyer erhalten habe. Der Verband der Studierenden der ETH (VSETH) berichtet, dass der Flyer an Studierende geschickt worden sei, die für ein Studium aus dem Ausland in die Schweiz gekommen sind. Die Betroffenen hätten «schockiert» reagiert, sagt VSETH-Präsidentin Julia Bogdan. Es herrsche grosses Unverständnis.

Die ETH reagiert von oberster Stelle auf den Flyer. Die gesamte ETH-Leitung wandte sich vergangenen Freitag per Mail an sämtliche Studenten und Studentinnen. Neben Präsident Joël Mesot sind das Rektor Günther Dissertori sowie die fünf Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen. In der Mail, die der NZZ vorliegt, kritisiert die Schulleitung den Flyer und versichert: «Menschen aus allen Ländern sind bei uns willkommen. Vielfalt ist die Grundlage unseres

Erfolges als Institution. Das sind unsere Werte, und diese werden wir unter keinen Umständen aufgeben.»

Keine weiteren Massnahmen

Weitere Massnahmen treffen wird die ETH hingegen nicht. «Der Inhalt der Flyer betrifft nicht direkt das Studium oder die Arbeit an der ETH», schreibt ETH-Sprecherin Franziska Schmid auf Anfrage. Deshalb seien keine weiteren Massnahmen nötig. Die ETH fordert ihre Studierenden dazu auf, sich an die Beratungsstellen der ETH zu wenden, wenn es zu rassistischen oder fremdenfeindlichen Vorfällen kommt.

Wer den Flyer verschickt hat, ist bis jetzt unbekannt. «Eidgenössischer Widerstand 78p» steht klein gedruckt am Rand des Flyers. Unter diesem Namen tritt aber niemand öffentlich in Erscheinung. Die rechtsextreme Gruppierung «Junge Tat» gibt an, nicht hinter der Aktion zu stehen, wie sie auf dem Kurznachrichtendienst X schreibt. Die Gruppierung ist in der Vergangenheit wiederholt mit ausländerfeindlichen Flyer-Aktionen aufgefallen. Bei der Stadtpolizei Zürich sind wegen der Flyer bisher keine Anzeigen eingegangen.

Weiterer Artikel, Seite 21

250 000 Franken jährlich für Standortförderung

Kritik von linker Seite an Beitrag für Greater Zurich Area

ISABEL HEUSSER

Die Stadt Zürich zahlt der Standortförderungsorganisation Greater Zurich Area (GZA) weiterhin 250 000 Franken pro Jahr. Dies hat das Stadtparlament am Mittwoch entschieden. Ziel der GZA ist es, Firmen in den Grossraum Zürich zu locken, wobei Grossraum ein weiter Begriff ist: Die Organisation ist ein Zusammenschluss von Standortförderungsstellen der Kantone Glarus, Graubünden, Schaffhausen, Solothurn, Schwyz, Uri, Zug, Zürich, Tessin sowie der Stadt Zürich und der Region Winterthur.

Im Jahr 2023 sind 89 ausländische Unternehmen mithilfe der GZA und der kantonalen Standortförderungen in den Zürcher Wirtschaftsraum gekommen – das sind 20 weniger als im Jahr davor. Finanziert wird die GZA von privaten Grossfirmen und den angegliederten Kantonen. In der Politik sind der Nutzen der GZA und damit auch die von der öffentlichen Hand gesprochenen Gelder umstritten. Das zeigte sich auch an der Diskussion im Stadtparlament. Grüne und AL lehnten die weitere Finanzierung ab. Man sei gegen ein rein «quan-

titatives Wachstum», sagte Urs Riklin (Grüne). Sophie Blaser von der AL erklärte, Zürich brauche nicht noch mehr Firmen, deren Mitarbeitende in überbelegten Wohnungen oder Business-Apartments lebten.

Die AL zweifelte ausserdem die Bemühungen der GZA für mehr Nachhaltigkeit an. Die SP, die die Beiträge an die Standortförderung auch schon infrage gestellt hat, stimmte der Finanzierung nun zu – obwohl die Partei ebenfalls Bedenken hat, wie ernst es der GZA mit ihrem Nachhaltigkeitsgedanken sei, wie Maya Kägi Götz sagte.

Die anderen Parteien unterstützten die Beiträge an die GZA ebenfalls. Sabine Koch (FDP) erklärte, die Organisation setze auf kleine, hochspezialisierte und innovative Unternehmen, die wichtige Impulse für den qualitativen Strukturwandel in der Region lieferten. Anne-Catherine Nabholz von der GLP sagte, die GZA leiste einen «relevanten Beitrag, um die Unternehmenslandschaft zu stärken». Eine grosse Branchenvielfalt erhöhe die Krisenresistenz des Wirtschaftsstandorts und trage auch dazu bei, dass attraktive Arbeitsstellen für alle entstünden.